

COVID 19 – Eine politische „Hysterie“ bei der Geltungssucht und Egoismus im Vordergrund stehen und nicht das „beschworene Wohl des Volkes“

Mölln, im Jahre 2020/2021

Vorwort: Die Autoren sind auf Basis des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und in christlicher Tradition erzogen und aufgewachsen, gehören keiner Partei oder politischen Richtung an, besuchten staatliche Schulen und Hochschulen und haben sich vom einfachen Lehrling, mit Ausbildung und Abschluss und stetiger Weiterentwicklung nach oben gearbeitet. Das Prinzip war stets: „Lerne von den Besten, bleib bei Deinen Leisten, aber weite Deine Sicht und sammle Erfahrungen, damit aus diesen durch Verfeinerung Kompetenzen werden“. Und wenn man Führung, also das Vorangehen, übernimmt, dann gehe behutsam mit Verantwortung um, denn sie führt immer zu persönlicher Haftung.

Die Autoren, die aus der Mitte der Gesellschaft und aus den verschiedensten Fachbereichen kommen und somit einen Querschnitt der Gesellschaft abdecken, legen großen Wert darauf, das **COVID 19 weder verharmlost noch geleugnet wird**. Denn nicht der Virus ist die Ursache, sondern allein die daraus abgeleiteten fragwürdigen Entscheidungen von, nennen wir sie „zeitlich begrenzte Handlungsbevollmächtigte“ und ihrer mehr oder weniger „abhängigen Erfüllungsgehilfen“.

Wir sehen es als unsere Aufgabe als Bürger dieses Landes an, „Handlungsbevollmächtigten“ und ihren „Erfüllungsgehilfen“ auf die Finger zu schauen, damit die eigentlich im **Grundgesetz verankerte Kontrolle durch die Bürger (Artikel 20 Abs.2 GG-„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“- auch tatsächlich wieder wahrgenommen wird und in der Konsequenz am Ende in eine persönliche Haftung der Akteure (Staatshaftung) einmündet.**

Am Beispiel vom Umgang mit dem Virus COVID 19 möchten wir als Bürger den Verantwortlichen den Spiegel bezüglich Ihrer Entscheidungen vorhalten und aufzeigen, welche Folgen ihr Tun oder Unterlassen für alle Bürger hat:

Die Fakten: Der COVID 19 Virus gehört zu der Familie der SARS-Viren, welcher 2003 erstmals nachgewiesen werden konnte und an dem im Jahr 2010 im Tierversuch ein erster Impfstoff getestet wurde. Er kann eine schwere Lungenentzündung hervorrufen. Das menschliche Immunsystem wird durch Kontakt mit dem Virus aktiviert, was eine normale Abwehrreaktion des Körpers darstellt und der Krankheitsverlauf meist mit milden Symptomen ohne größere Probleme erfolgt.

In besonders schweren Fällen kommt es bei einem kleinen Teil der Betroffenen zu einer Überreaktion des Immunsystems. Diese Überreaktion bekämpft nun nicht nur den Virus, sondern beginnt auch zusätzlich noch mit der Schädigung des Lungengewebes. Daher muss es Ziel sein, die Überaktivität des Immunsystems medikamentös zu bremsen. Man probiert dies mit verschiedenen Medikamenten, z.B. mit einem Antivirusmittel Remdesevir bzw. mit dem Cortisonpräparat Dexamethason, das entzündungs- und immunhemmend wirken soll. Leider ist diese Behandlung meist nicht erfolgreich. Nur wenn das Immunsystem des so

erkrankten Patienten doch noch aus eigenen Kräften die Folgen des Virus bekämpft stellt sich auch eine Heilung ein.

Der COVID 19 Virus ist daher nicht primär tödlich, sondern das gerade beschriebene Hyperinflammationssyndrom (Überreaktion des Immunsystems) ist mit einer hohen Sterblichkeit verbunden.

Zusätzlich erleiden manche Covid-19-Patienten erhebliche Gerinnungsstörungen, die zu Gefäßverschlüssen von lebenswichtigen Organen wie Gehirn, Herz, Leber, Nieren und damit zu einem tödlichen Verlauf führen können. Grund dafür ist eine übermäßige Aktivierung von Gerinnungsfaktoren im Blut. Dieser blutverklumpende Effekt ist besonders gefährlich für Menschen mit Vorerkrankungen wie Diabetes oder Bluthochdruck.

Der jahreszeitliche Verlauf der Covid-19-Erkrankungen und -Todesfälle geht einher mit dem Verlauf der Infektionskrankheiten der Atemwege in den Herbst- und Wintermonaten, deren Zahlen üblicherweise im Frühling wieder absinken. **Gründe dafür sind Temperatur** (Eine alte Bauernregel sagt „Schaltjahre sind Kaltjahre“), **Luftfeuchtigkeit und Sonnenlicht (UV-Strahlen)**.

Das erklärt auch warum mit Beginn des Sommers die Infektionszahlen saisonal abnehmen und im Winter wieder ansteigen, ohne dass darauf der Mensch Einfluss nehmen kann.

Somit könnten vielleicht, auch ähnlich wie bei den **Legionellen, Viren über Süßwasserdunst (Nebel, Aerosole etc.), Klimaanlage, Haustiere (z.B. Hunde, Katzen) u.ä. verbreitet werden**. Dies würde dann möglicherweise auch erklären, warum Mutationen von Viren, obwohl früh in Großbritannien erkannt und deren Verbreitung für 2 Tage eingeschränkt war, wie Ende Dezember 2020, schon wenige Stunden später am anderen Ende der Welt in Japan auftauchen.

Und erst mehr als 2 Wochen später kommen Virologen und Immunologen darauf, dass in Deutschland eigentlich eine Sequenzierung des Virus (dies kann nämlich kein PCR-Test – er erkennt, nur dass ein Virus vorhanden ist, aber nicht welches) hätte schon seit langem erfolgen müssen, um die Bestandteile verschiedenen Mutationen zu ermitteln. Denn daraus ergeben sich Anhaltspunkte, ob nicht neue Impfstoffe erforderlich werden. Denn die neue Mutation soll ansteckender sein, als die bisherige Variante. Wo waren all die selbsternannten und medial verlebten sogenannten Experten dies frühzeitig zu untersuchen?

Leider liegen hierzu immer noch keine wissenschaftlich basierten Evidenzen vor. Solange man nicht zuverlässig die eigentlichen Übertragungswege ermitteln kann (**z.B. bei der Pest waren es auch nicht die menschlichen Kontakte trotz Maskentragens, sondern die Ratten**), - über 85 % der Befragten wissen nicht, wo sie sich angesteckt haben - sind alle im Moment gemachten Maßnahmen Stückwerk. „Die Politik weiß nicht wirklich was die Gründe sind. Die Virologen erzählen uns heute mal dies und am anderen Tage mal das“, so der ARD-Hauptstadtkorrespondent Oliver Köhr.

Diese These wird auch durch einen Corona-Virus-Fall in einem Altenheim in Weimar im Januar 2021 bestätigt. Von 94 Bewohnern, verstarben angeblich 20 an dem Corona-Virus, obwohl 11 von den Bewohnern keinerlei Infektionen hatten. Und dies obwohl generell üblich Mahlzeiten gemeinsam und ohne Maske eingenommen werden. Es zeigt sich an diesem Beispiel überdeutlich, dass möglicherweise noch ganz andere, bisher leider von der

Wissenschaft und der Politik nicht wahrgenommene und untersuchte Gründe, ausschlaggebend für die Übertragung, Infektion und einen möglichen Tod sind.

Ein sogenannter „Lock-/Shutdown“ (Schließen von Einzelhandel, Gastronomie, Hotellerie trotz Hygienekonzepten, **Kultur – dient eigentlich zur Erhaltung der geistigen Gesundheit** etc.) führt daher nicht automatisch, nachhaltig und nachweislich (Quelle RKI – Infektionszahlen in 7 Tagen pro 100.000 Einwohner – Zeitraum 11.11.bis 16.12.20 - Beispiele Landkreise Berchtesgadener Land – Anfang 141,6/Ende 141,6, Rosenheim – Anfang 287/Ende 212,4 - und Rottal-Inn – Anfang 178,6/Ende 247,7) zu einer Reduzierung von Infektionszahlen. „Zudem gibt es keinerlei Studien, dass die betroffenen Branchen (Mitarbeiter und Kunden) den Virus weiterverbreiten, so Herr Dr. Christian Specht zu ntv am 12.12.20.

Der von den politischen Akteuren in diesem Zusammenhang immer wieder gebetsmühlenartig heruntergebetete Zielwert „50“ ist ein willkürlich und rein politisch festgesetzter Wert, der nicht auf wissenschaftlicher Basis beruht und damit faktisch unsinnig, zur Beurteilung des Infektionsgeschehens, ist.

Dagegen gibt die Reproduktionszahl „R“ (Ansteckungsrate eines Erregers), wissenschaftlich basiert, genauer einen Eindruck über die Entwicklung und Ausbreitung von Viren wieder. So liegt dieser Wert laut RKI für den Covid-19-Virus bei 0,95 (Stand: 02.01.2021) während er z.B. bei Masern zwischen 16 und 18 liegt. **Also im Verhältnis zu Masern ist das Verbreitungsrisiko danach äußerst gering!**

Auch die tagesaktuelle Verbreitung (z.B. ZDF, ntv) von sogenannten Infektionszahlen, ähnlich dem von Wasserstandsmeldungen, informiert zwar über das Potential von möglichen Krankheitsfolgen, aber zu keiner Zeit über die Zahl der schwer erkrankten Menschen. Also die Personen, deren Wohlergehen eigentlich im Mittelpunkt der „Hysterie“ stehen müsste und die dringend ärztliche Hilfe (z.B. im Krankenhaus) benötigen. Diese Personenanzahl, für die es Sinn machen würde alle Ressourcen einer Gesellschaft zu mobilisieren, beträgt am Anteil der Gesamtbevölkerung weit weniger als 0,1 %. **Und das in allen Staaten dieser Welt im Anteil zur Gesamtbevölkerung, egal ob von Seiten der Regierenden Maßnahmen zu Eindämmung unternommen wurden oder nicht!**

Statt also 99,9 % der Gesamtbevölkerung in ihrer sozialen, gesellschaftlichen, finanziellen Leistungsfähigkeit und damit effektive Solidarität gegenüber dieser Personengruppe zu fördern, ruinieren die politischen Akteure die gesamte Gesellschaft.

Das Grundgesetz sieht vor, dass jede einschränkende Maßnahme gegenüber Bürgern **angemessen, verhältnismäßig, geeignet und erforderlich** sein muss. Rechtfertigen also die von den politischen „Wirkköpfen“ verordneten Einschränkungen, in einer auf Mehrheiten beruhenden Demokratie, für 99,9 %, die nicht nachweislich erfolgte, aber wie oben beschrieben notwendig gewesene, Rettung von 0,1 % der Bevölkerung? **Nicht die Gesunden sind zu isolieren, sondern die Kranken.**

Kein Mediziner würde, egal wie lebensbedrohlich eine Krankheit für einen Menschen wäre, auf die Idee kommen den Blutkreislauf, also die Versorgung des Körpers über längere Zeit mit lebensnotwendigem Nährstoffen einzustellen, um sich dann ganz isoliert nur noch einem Körperteil auf lange Dauer zu widmen. In der Zwischenzeit ist sonst der Organismus kollabiert.

Zudem sind lt. statischen Bundesamt vom 17.12.20 87 % aller Erkrankten, also gemeint ist nicht die Gesamtgruppe der Infizierten, 70 Jahre und älter. Und nur 1 % ist jünger als 30 Jahre, müssen aber die Hauptlast der Folgen (sozial, finanziell und persönlich) dieser „Hysterie“ auf Dauer tragen. **Dabei versterben lt. WHO (Studie der Infektionssterblichkeit) nur 0,14 von den Erkrankten nachweislich an den direkten Folgen des Corona-Virus**. Dies erfuhr man u.a. durch Obduktionen, auf die man grob fahrlässiger Weise am Beginn der „Hysterie“ in Deutschland, mit Ausnahme einzelner Bundesländer wie Hamburg, verzichtete.

Da man sich politisch verrannt hat und nur noch Maßnahmen für die 0,1 % der Bevölkerung unternimmt, wird man blind dafür, dass mehr Patienten zur gleichen Zeit an Krebs versterben – lt. dem statischen Bundesamt für 2019 waren dies über 231.000 Menschen.

Und dann kommt von den politischen Vertretern auch noch die Heuchelei um die sogenannte **„Triage“** – bei dem es sich um ein methodisch spezifiziertes Verfahren zur Priorisierung medizinischer Hilfeleistung bei unzureichenden Ressourcen handelt. Wenn die Gesundheitsverantwortlichen nur einmal in ihre eigenen Gesetze und Verordnungen geschaut hätten, dann wüssten sie, dass Krebstherapien, Hüftgelenke etc. ab dem 75. Lebensjahr von den gesetzlichen Krankenkassen nur in wenigen Ausnahmen oder gar nicht mehr bezahlt werden.

Auch das ewige Mantra der politischen „Wirrköpfe“, jeder Bürger würde mit dem Verzicht auf soziale Kontakte einen Beitrag zu Rettung der Krankenhäuser vor dem intensivmedizinischen Kollaps und der Überlastung der Gesundheitsämter leisten, ist nichts anderes als der Versuch die Bevölkerung in Sippenhaft zu nehmen und damit abzulenken von wieder einmal eigenen Fehlern.

Denn nicht die Bevölkerung ist für die Kliniken und Krankenhäuser verantwortlich, sondern die politischen Akteure und das entsprechende Management und ihr Versagen für Katastrophenfälle Reserven, auch beim Personal, vorzuhalten bzw. kurzfristig, wie bei der Bundeswehr, zu rekrutieren. Wenn man es nicht mal schafft, kurzfristig sich um tausende von erkrankten Personen intensiv zu kümmern, was will man denn erst machen, wenn Erdbeben, Atomunglücke, Unruhen, Kriege etc. auftreten? Wo ist eigentlich das Amt für Katastrophen- und Verbraucherschutz – angesiedelt beim Ministerium des Innern – während dieser „Hysterie“ geblieben?

Das Personal der Kliniken und Krankenhäuser leidet emotional schwer darunter, dass sie eigentlich gelernt haben, dass kranke Patienten durch ihren Einsatz geheilt und entlassen werden. Jetzt, und dafür wurden sie nicht ausreichend ausgebildet, können sie oft nur noch Sterbebegleitung machen. Das ist aber nicht die Aufgabe eines Krankenhauses oder einer Klinik, sondern die Aufgabe eines Hospizes.

Statt also die Gesellschaft runterzufahren und auch die Gesunden zu isolieren, wäre es richtig die Ressourcen in die massive Aufstockung des Gesundheitswesens und adäquate Behandlung der Corona-Patienten zu stecken. Und dabei auch die anderen Krankheitsbilder, wie Krebs, Schlaganfälle, Herzinfarkte etc, nicht zu vernachlässigen und entsprechend zu behandeln.

Und ist nicht die Überlastung von Gesundheitsämter die Folge einer einseitigen, politischen Ausrichtung einzig auf die lückenlose Kontaktnachverfolgung von Personen (mit oder ohne Infizierung) und der Durchführung telefonischer Interviews, statt die Konzentration auf

Herkunft und Entstehung der Ursachen der Infizierung einer Person, die in Kliniken und Krankenhäuser eingeliefert werden, zu konzentrieren?

Aus einer so am Ende statischen Erfassung erfolgt in den Gesundheitsämtern eigentlich keine ernstzunehmende Krankheitsbekämpfung.

Zum Schutz vor Ansteckung und Übertragung des Virus soll angeblich das Tragen einer Alltagsmaske (**Stoff- oder OP-Masken ohne Filter**) helfen. Wie Herr Dr. Klaus Reinhardt – Bundesärztekammerpräsident – im ZDF am 22.10.20 zu Recht berichtete, gibt es für die Verhinderung der Ansteckung keinerlei tatsächliche wissenschaftliche Evidenz, also einen wissenschaftlichen Beweis. Allerdings gibt es hierfür auch keinen dagegen, so dass durchaus Zweifel angebracht sind in Bezug auf die Ansteckung. Dagegen gibt es bei der Verbreitung, also ein Infizierter trägt Maske, ähnlich wie im OP, durchaus Annahmen, dass dies eine Weiterverbreitung einschränkt, aber seine Ansteckung nicht.

Zumal lt. einer Studie der Deutschen Bahn vom 07.12.2020 99% der Passagiere eine Alltagsmaske tragen.

Dabei macht es jedoch keinen Unterschied lt. Herrn Peter Klimek, Studie der Medizinischen Universität Wien, ob eine Maskenpflicht oder nur eine Maskenempfehlung an die Bevölkerung ausgegeben wird. Es gibt im Ergebnis keinen Unterschied bei der Anzahl der Infizierten. Eine Entmündigung des Bürgers, wie stets zum Eigenschutz von den politischen Akteuren propagiert, macht also keinen Unterschied zu einem freiwilligen und eigenverantwortlichen Verhalten bei der „Bekämpfung des Corona-Virus“.

So sieht es auch Herr Dr. Wolfgang Schäuble, in einem Interview mit der Osnabrücker Zeitung vom 02.01.21: **„Dass die Exekutive“**, er meint damit zu Recht die Regierung, **„die Verantwortung des Einzelnen fest im Blick hält und auf so viel Freiheit wie möglich setzt. Es ist schier unmöglich per Gesetz jeden Corona-Todesfall zu verhindern.“**

Die sogenannten PCR-Tests, insbesondere für Reiserückkehrern, zeigen lt. Ergebnissen aus Baden-Württemberg vom 27.09.2020, dass z.B. von 19.000 Getesteten nur 1500 positiv waren, also 0,79 % davon waren infiziert, aber nicht unbedingt erkrankt. Mit welcher Begründung und welchem Recht verschwenden die politisch Verantwortlichen ca. 1,5 Mia. € „Volksvermögen“ pro Monat, um herauszufinden, wieviel Infizierte es gibt, obwohl nur 0,1 % der Bevölkerung daran tatsächlich erkranken und medizinische Hilfe benötigen?

Rechnet man den Aufwand pro Erkranktem, so werden mehr als 50.000,- € eingesetzt, nur an Tests, um dann den Erkrankten kein helfendes Medikament anbieten zu können und sie daher doch, obwohl stets anders behauptet, mehrheitlich palliativ in der Klinik bis zum Tod zu begleiten.

Zudem ist der PCR-Test lediglich eine Momentaufnahme, schon eine Stunde später kann ein nicht infizierter Mensch, ansteckend sein und umgekehrt. Daraus wird eigentlich schon deutlich, wie unsinnig diese Tests zur nachhaltigen Bekämpfung eines Virus sind, zumal sie keine Aussage über eine Erkrankung zulassen. Wäre nicht der Einsatz von **Antikörper- oder Urintests** (11.01.2021 – RTL – Tests zur Verlaufsprognose für eine mögliche Erkrankung) in diesem Zusammenhang sinnvoller? Endlich könnte man in die Zukunft schauen und nicht immer nur, wie bisher, in den „Rückspiegel“! Aber damit ließe sich wahrscheinlich nicht so viel Geld machen, wie mit den PCR-Tests.

Und der PCR-Test kann die verschiedenen Mutationen nicht erkennen, damit ist er für die weitergehende Bekämpfung unbrauchbar und sinnlos.

Anstatt also massiv Kräfte in die **Entwicklung eines wirksamen Medikaments** zur Eindämmung der überschießenden Immunreaktion zu investieren – dies bekäme man schon ab 12 Mio. € - und damit das Leben der betroffenen Patienten zu retten, fokussiert man sich einzig auf die Entwicklung von Impfstoffen für alle Menschen (ab 740 Mio. €), von denen man heute noch nicht weiß, welche Wirkung oder Nebenwirkungen sie mittel- oder langfristig haben werden.¹⁾

Erst am 06.01.2021 (lt. RTL) wurden 50 Mio. € für die Forschung von Medikamenten bereitgestellt.

Und um das schnelle Ziel einer Immunisierung von 60 % (bei Mutationen bis zu 80 %) der Bevölkerung durch Impfstoffe zu gewährleisten, müsste man 49,8 Mio. Menschen impfen. Bei dem derzeitigen Impfumfang von ca. 30.000 bis 40.000 Menschen pro Tag würde man bei 365 Tagen auf rd. 11 bis 15 Mio. kommen. Wenn nicht noch ein Wunder geschieht, heißt dies frühestens mit Beginn des Jahres 2024 hätte man diese Zahl erreicht.

Und selbst wenn man diese Zahlen verdoppeln könnte, ohne Urlaub und Krankheit des medizinischen Personals (Hausärzte etc.), dann wäre man ein Jahr vorher mit der Grundimmunisierung durch.

Aber bis heute weiß keiner wie lange der Schutz wirkt und ob man nicht jährlich das gleiche Prozedere wiederholen muss. Dann würde man nie zu einer sicheren Immunisierung kommen und hätte entweder keine Produktionskapazitäten für die normale Grippeimpfung im Herbst oder verbunden mit der Impfung gegen die Grippe, millionenfach zu viel nur Corona-Impfstoff bestellt.

Ab dem 6. Januar 2021 steckten sich in Altersheimen Bewohner, trotz Impfung, mit dem Corona-Virus an. Dies ergaben Schnell- und PCR-Tests. Angeblich soll erst mit der 2. Impfung eine Immunisierung erfolgreich sein. Dennoch können die Geimpften weiterhin infektiös sein und andere anstecken. Wo und wie soll da das Ende der „Hysterie“, wie immer wieder angekündigt wurde, sein?

Es ist lediglich der übliche „Propaganda- oder Marketing-Gag der Politik (wie z.B. Herr Paul Ziemiak ruft Mitglieder zum digitalen CDU-Parteitag am 15.01.21 auf, eigene Videos zum Klatschen für das Einblenden von Applaus zu zusenden), um durch wilden Aktionismus den Menschen glauben zu machen, man habe alles im Griff (**„Die Polizei wird für fragwürdige politische Zwecke missbraucht, um Kleinkindern das Spielen auf Spielplätzen zu verbieten, den Abstand und das Maske tragen im Freien zu kontrollieren oder bei Gastronomen Gästelisten einzusehen“**).

Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall, man stochert im Nebel und verliert das eigentliche Ziel aus den Augen.

Quelle:

- 1) MDR Umschau, Sendung vom 08.12.2020 – Fördermittel für Entwicklung Medikament zur Behandlung der überschießenden Immunreaktion – Biotest AG, Dreieich, Medikament

Trimodulin, Dr. Jörg Schüttrumpf, Dr. Michael Ramroth; sowie Medikament der Fa. InflaRx, Jena, Prof. Niels C. Riedemann;

Nun zu den Hintergründen des gemeinschaftlichen Versagens und Ihren Folgen:

Ein neuzeitliches Drama in vier Akten:

1. **Der erste Akt** – Der Beginn eines hektischen, unüberlegten, nicht durchgängig durchdachten und zu kurz greifendem Aktionismus mit fragwürdigen Entscheidungen

Hintergründe + Ursachen: Um Politiker zu werden, gibt es leider bis heute keine geeignete Qualifikationshürde. Jeder, der sich für Politik interessiert, kann sich einer Partei und damit einer politischen Richtung anschließen. Ausbildung, Know-how oder praktische Erfahrungen in der Führung von Menschen müssen nicht nachgewiesen werden. Es reicht, dass man sich stromlinienförmig in ein Grundsatzprogramm oder an Parteistatuten hält. Je konformer man dies tut und je freundschaftlich verbundener man mit Gleichgesinnten ist, desto schneller wird man an die Parteispitze gewählt.

Es ist also nicht nur eine persönliche Überzeugung und die eigene erfolgreiche Leistung, die einen nach oben befördert, sondern die Anzahl der „Vertrauten“ oder Mitläufern, die einen Vorsitz ermöglichen.

Dort angekommen, oftmals ohne die erforderlichen **praktischen Voraussetzungen** (Ausnahmen sind z.B. Herr Merz, Herr Kubicki, Herr Ramelow, Frau Karliczek), entsprechende lebensnahe Erfahrungen und geeigneten Qualifikationen (z.B. ein Bankkaufmann wird Gesundheitsminister, Mediziner wird Wirtschaftsminister, Praktikanten des Rundfunks werden Ministerpräsidenten), fängt nun diese meist verhaltensauffällige Person an, im schlimmsten Fall unqualifiziert, inkompetent, schlecht oder gar nicht für den Posten ausgebildet, ihre wahre Eitelkeit zu zeigen. Endlich, nach so vielen Jahren eigener persönlicher Entbehrungen, Duckmäusertum und Unterwürfigkeit in den Parteigremien, fühlt man sich nun frei und lebt hemmungslos seine wahren persönlichen Empfindungen und Vorstellungen aus.

Wenn dann auch noch eine völlig neue und in dieser Form noch nie dagewesene Situation eintritt, wird eine „Krise“ heraufbeschworen, da man dafür nicht ausgebildet ist. Keiner fragt, wer denn eigentlich in der Politik verantwortlich ist für das Entstehen dieser Situation. Der kleine „Emporkömmling“ hat bei seinen zahlreichen internen politischen Ausrichtungsschulungen gelernt, dass man als politischer Akteur nun „Stärke“ demonstrieren muss.

Nun ist das so eine Sache mit der „Stärke“. Weil man selber im Herzen eigentlich ein verletzlicher Mensch, meist gekennzeichnet durch eigene, prägende Erkrankungen, wie überlebte Sepsis, beginnender Morbus Parkinson, Multiple Sklerose, Krebs etc., oder **„Hypochonder“** (eingebildeter Kranker) ist und weiß, dass man dadurch mehr Sicherheit als die Mehrheit der Menschen benötigt, steht das eigene Sicherheitsbedürfnis im Vordergrund. Das zeigt sich darin, dass die eigenen Diäten ohne Opfer weiter kassiert werden, obwohl man gleichzeitig großen Teilen der Bevölkerung durchaus erhebliche finanzielle Einbußen zumutet.

Um diese Stärke zu zeigen, gaukelt man Volksnähe vor und umgibt sich mit zahlreichem „Klimbim“, wie zum Beispiel mit allerlei „hofstaatlichem“ Gehabe, Aufhängen von Bildern

großer Staatmänner, von deren Glanz man etwas abbekommen möchte, kurzweilige Residenz in höfischem Ambiente und Vatertagsausflugskutsche in schlossähnlicher Atmosphäre.

Durch diese Vorgehensweise entfernt man sich immer mehr von der Realität (**früher Elfenbeinturm oder heute Homeoffice**). Man nimmt im Detail nicht mehr wahr, was die wirklichen Bedürfnisse, Wünsche und Vorstellungen der Bevölkerung sind.

Nun versucht man dies durch Befragung des Volkes in kürzester Zeit nachzuholen. Dabei bedient man sich zur Legitimation von „Volkes Wille“ regelmäßig Umfragen von sogenannten „unabhängigen Meinungsforschungsinstituten“. Diese sind aber objektiv nicht unabhängig, da sie regelmäßig Aufträge von diesen „eitlen Politikgrößen“ erhalten. Mit Suggestivfragen und vorgegebenen Antwortmöglichkeiten, die unterschwellig negative Emotionen wie Angst, Sorge, Ungewissheit etc. vermitteln, werden die Antworten in eine bestimmte Richtung gelenkt. So wird der Eindruck vermittelt, man handle im Sinne des Volkes und die Regierenden hätten die Lösung parat.

Ergebnis: Die sogenannten repräsentativen Umfragen bestätigen in der überwiegenden Mehrheit der Fälle die erwartete Auffassung der Auftraggeber. Und so nimmt die enge Abhängigkeit zwischen den politischen „Verantwortlichen“ und ihren Auftragnehmer, den Meinungsforschungsinstituten – oft auch noch eingebunden in großen Medien- und Verlagshäuser -, ihren unheilvollen Verbund gegen die eigentlichen Interessen großer Teile der Bevölkerung.

Zumal die Interviewten, meist per Telefon, kontaktiert in regelmäßigen Abständen mutmaßlich immer die gleichen Personen sind. Veränderungen werden daher nicht frühzeitig erkannt.

Einzelne Akteure schließen daraus, dass die angeblich so ermittelte Beliebtheit Grundvoraussetzung für einen Kanzlerkandidaten ist. Wenn das so wäre, dann könnte man auch Dieter Bohlen oder Micky Maus aufstellen? Diese hätten sicher noch höhere Beliebtheitswerte!

Vorgehensweisen: Die sogenannte repräsentative Umfrage wird in Auszügen benutzt zur Bestätigung der eigenen Sichtweise und den sich daraus abgeleiteten und für angeblich notwendig erachtenden Entscheidungen.

Diese Entscheidungen werden im kleinsten Beraterkreis, im Notfall auch durch Aushebelung des Grundgesetzes, ohne Berücksichtigung der Betroffenen und ohne Einbindung erforderlichen gesellschaftlichen Kräfte getroffen. Das führt dazu, dass nicht durchgängig und nachhaltig die Probleme gelöst werden.

Die so zustande gekommenen Entscheidungen werden in ein **„Regieren nach alles regelnden Verordnungen und nicht enden wollenden Ankündigungen“** ohne Sinn und Verstand (z.B. Hygienekonzepte und AHA-Regeln) umgesetzt, und so nimmt das Unheil seinen Lauf. Kritiker an den so beschlossenen Maßnahmen, wie der **suspendierte Mitarbeiter des Bundesinnenministeriums**, der massive Zweifel an den so getroffenen Corona-Schutzmaßnahmen schon am 14.05.2020 äußerte und von einem **„Fehlalarm“** sprach, werden bis heute nicht angehört. **Andere Sichtweisen und kritische Meinungen werden „im eigenen Hause“ nicht zugelassen.**

Das Parlament, dem ausschließlich Gesetzgebung und die Gestaltung in wesentlichen Staatsfragen obliegt, verabschiedet sich ausgerechnet in Krisenzeiten aus der Verantwortung und Haftung und bevollmächtigt die Regierung (März 2020-März 2021). Damit wird in dieser angeblichen Demokratie keine Gewaltenteilung und Kontrolle der Regierung gewährleistet, die Grundfesten der Demokratie sind erschüttert.

Das Parlament hätte jederzeit das Recht zur Wiederaufnahme der Kontrollfunktion über die Regierung, nutzt es aber nicht. Wer braucht dann eigentlich noch ein Parlament, das ja den Souverän – also die Bürger – vertreten sollte?

Auch der Bundespräsident, der sich seit Bestehen der Bundesrepublik stets als Mahner gegenüber den Regierenden und den Parteien verstanden hat, nimmt in Krisenzeiten eine unglückliche Rolle ein, die die Verängstigung der Bevölkerung noch unbewusst fördert. Bedingt durch seine persönliche Abhängigkeit gegenüber den Parlamentariern, von denen er im Rahmen der Bundesversammlung mit gewählt wurde, - vom Volk direkt wurde er nicht gewählt – will er gefallen und es fehlt die kritische Distanz zur Regierung.

Um die Bürger emotional gefügig und zum Mitmachen zu animieren, wird nun an jeder Stelle von Solidarität, sozialer Verantwortung gefaselt. Wobei selbstverständlich die politischen Akteure stets die Bürger meinen und nicht sich selber.

Einzelne politische Akteure schrecken, um ihre Ernsthaftigkeit zu untermauern, auch nicht davor zurück, zum Denunziantentum (ruft Bürger auf, „auf Nachbarn aufzupassen, damit der Zusammenhalt erhalten bleibt“), also einer möglichen strafbaren Handlung aufzurufen – so geschehen von dem Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt und Präsident des Bundesrates - Herr Reiner Haseloff am 13.12.2020 im Rahmen einer Pressekonferenz zur Ankündigung der Verlängerung des Lockdowns.

Und die politischen Akteure nehmen bewusst auch in Kauf, dass in eigens erstellten Unterlagen **„Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen,“** einem internen Strategiepapier von Ende März 2020, mit Übertreibungen von Worst-Case-Szenarien „von über einer Mio. Toten im Jahre 2020 – für Deutschland allein“ geschrieben wird. Man fragt sich wirklich, wo da der Verstand geblieben ist?

Und damit nicht genug, man ruft zur **„Mobilisierung und Solidarisierung“** – wie im Kriegszustand - auf und unterstellt gleichzeitig, dass „ohne, sich die Verbreitung von Falschinformationen verstärken und zur Radikalisierung führen kann“. Also die Bevölkerung soll nicht denken und eigentlich nur machen, was man ihnen vorgegeben wird. Allein dies offenbart die ganze Abneigung gegen über der Bevölkerung, aber auch gleichzeitig die unausgesprochene Angst vor ihr.

Denn würde es um echte Demokratie und die Meinung des Bürgers gehen, wären Volksentscheide die richtige Antwort, ähnlich wie in der Schweiz. Aber selbst Bündnis 90/Die Grünen, früher mal durch Basisdemokratie aufgetreten, lehnten, aus Angst nicht ihrem Willen entsprechende Entscheidungen des Volkes zu erhalten, am 22.11.20 auf ihrem Parteitag diese ab und wollen nur sogenannte Beiräte („Alle Macht den Räten“ - scheiterte stets nachweislich in allen sozialistischen oder kommunistischen Gebilden) über ein Losverfahren zulassen, um angeblich den Volkswillen zu ermitteln.

In zahlreichen Pressekonferenzen (oder wie der Volksmund sagt **„Er“pressungskonferenzen**) wird nun stets ein Drama vorgestellt, dass angeblich keine Alternativen zulässt und somit nicht in Frage zu stellen ist.

Oder wie Marius Müller-Westernhagen, angelehnt an sein Lied „Freiheit“ singen würde. **„Freiheit, Freiheit ist die Einzige die fehlt!“**

Wirkungen: Eine alte Volksweisheit besagt, Angst ist ein schlechter Ratgeber und verengt die Sichtweise. Eine Führungskraft, die tatsächlich Führung beherrscht und lebt – also das mutige Vorangehen, die Neugier, sich auch in unbekanntem Terrain erfolgreich zu bewegen und dabei kalkulierbare Risiken einzugehen hat die Fähigkeit, positiv und erfolgreich Kräfte von Menschen zur Zukunftsgestaltung freizusetzen. Das bedeutet, dass man sich nicht mit der Angst und dem Scheitern beschäftigt, sehr wohl aber die persönliche Verantwortung und Haftung für sein Handeln übernimmt.

Genau das aber tun die politischen Akteure nicht. Der Bürger dient nur als „Wahlvieh“ oder als „Melkmaschine“, dem man unverfroren eigene Fehler und die eigene überbordende Versorgung unbegrenzt aufbürden kann.

2. **Der zweite Akt** – Die mediale Sucht nach marktschreierischer Aufmerksamkeit und Einschaltquote oder wie man mit Gefühlen Geschäfte macht

Hintergründe + Ursachen: Durch diese fehlende kritische Distanz zu den politischen, aber in der Sache verantwortlichen „Laien“, entsteht nun auch noch eine ungewollt „aktive“ Propaganda für diese Art von Politik. Denn statt eine Pressekonferenz nach der anderen zu senden und damit die Vorstellung von immer neuen Gutachten und fragwürdigen Studien ungeprüft zu übernehmen, wäre zunächst ein kritischer Umgang damit notwendig. Dabei ist es Aufgabe der Presse, als sogenannte 4. Macht eines demokratischen Staates die von staatlichen Stellen verbreiteten Verlautbarungen kritisch zu hinterfragen, zu überprüfen und auf Ungereimtheiten hinzuweisen.

An dieser Stelle sollte man wissen, dass die heutigen Journalisten meist Menschen sind (z.B. Ausnahme Herr Prof Dr. Prantl – Süddeutsche Zeitung), die oft vorgefertigte Veröffentlichungen anderer gern unverändert und unkommentiert umsetzen, da dies ihren Zeitaufwand geringhält. So gibt man vor, stets neutral, frei und unabhängig zu sein.

Dazu kommt, dass die Mehrzahl der Journalisten weder vor Ort aus dem „Epizentrum“ von Krisen berichten, Ausnahmen sind oder waren Frau Antonia Rados, Herr Peter Scholl-Latour, noch sich in der Regel direkt vor Ort selber ein Bild machen.

Zusätzlich möchte der Journalist in der Regel gegenüber seinen Lesern, Zuhörern, Zuschauern gefallen, telegen, anpassungsfähig und damit massentauglicher sein. Diese Art des Auftretens kann man regelmäßig in Talk-Runden im Fernsehen verfolgen. Das Thema der Sendung verspricht stets Aufregung und Einschaltquote, aber die Talkgäste werden oft bei kritischen Bemerkungen ausgebremst, ihnen wird das Wort entzogen um ihre Aussagen in Zweifel zu ziehen und polemisch im Sinne der Einstellung des Moderators auf Linie zu bringen.

Ein negatives Beispiel hierfür ist Herr Markus Lanz. Er lässt oft seinen durchaus kritischen Gast nicht dessen eigenen Standpunkt vertreten, sondern fällt ihm ins Wort und versucht durch suggestive Fragestellung und teilweise in empörender Weise, ihn ab zu qualifizieren.

Außerdem kann man erkennen, dass die wenigen regierungs- oder gesellschaftskritischen Sendungen meist spät abends oder um Mitternacht ausgestrahlt werden, da zu diesen Zeiten die meisten Zuschauer schlafen. Oder die Sendungen werden in Sparten- bzw. regionale Kanäle ohne breite Streuung verbannt.

Dies ist kein Zufall, sondern hat insbesondere bei den öffentlich-rechtlichen Programmen Methode, da die Sender meist Aufsichtsgremien haben, die von politischer Seite besetzt sind. Erschwerend hinzukommt, dass in regelmäßigen Abständen Forderungen nach der Erhöhung von Rundfunkgebühren laut werden und diese von der Zustimmung der politischen Seite abhängig sind. **„Wessen Brot ich ess, dessen Lied ich sing“**, - frei nach Martin Luther.

Und das Mäntelchen des „Grundversorgungsauftrages“ (unter Wahrung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit), welches die öffentlich-rechtlichen Medienanstalten gerne vor sich hertragen, ist nichts anderes als die Arroganz, nur sie könnten eine objektive Darstellung, im Vergleich zu den Privaten, gewährleisten. Man sieht ja, dass dies scheinbar nicht so ganz gewährleistet ist – denn auch der Regierungssprecher war ehemals Mitarbeiter dieser Medien -, es kommen jedenfalls Zweifel auf?

Geht es nicht in Wahrheit um die eigene „Versorgung“? Man vergleiche doch mal die Gehälter von Intendanten, Redakteuren und Moderatoren, die in der Spitze durchaus im mittleren 5-stelligen Bereich pro Monat liegen. Und das für 30 Minuten Auftritt am Abend, bei dem eine kritische Distanz teilweise oder völlig fehlt.

3. **Der dritte Akt** – Wie Spezialisten der Wissenschaft sich teilweise gerne zu eitlen „Generalisten“ und „Politikberatern“ hochstilisieren lassen

Hintergründe + Ursachen: Wer Wissenschaft verstanden hat, weiß, „Wissen wird geschaffen“, also Erkenntnisse werden gewonnen und Erfahrungen gesammelt. Sie sucht nach Wahrheit. Daraus ergibt sich immer, dass Wissenschaft im Nachhinein schlauer ist, als wenn sie Vorhersagen, auf irgendwelchen Grundlagen der Vergangenheit, treffen muss. Daher kann Wissenschaft am Ende einer Krise detailliert sagen, was richtig und falsch war. Also rückwärtsgewandt. Aber niemals in die Zukunft gerichtet.

Dazu kommt, dass Wissenschaft in der überwiegenden Anzahl von staatlicher Unterstützung lebt. Das heißt, dass sie meist nicht ganz frei von politischer Einflussnahme ist. Dies fängt an bei Zahlungen von Fördermitteln und endet bei gemeinsamen Empfängen oder Studienaufträgen aus der Politik. Die Politik bedankt sich für diese Treue oftmals artig mit der Auszeichnung „Bundesverdienstkreuz“.

Wegen der Inkompetenz und des fehlenden gesunden Menschenverstandes der politischen Akteure wird die Wissenschaft als Entscheidungshilfe benutzt. Damit hat man dann eine angeblich legitime und vorgegebene Rechtfertigung für unangenehme und unpopuläre Entscheidungen. Stellt sich im laufenden Prozess oder am Ende heraus, dass diese so basierten Entscheidungen der Politik falsch waren, weist man unter Berufung – „wir haben nur das gemacht, was die Wissenschaft uns gesagt hat“ – sämtliche Verantwortung und damit auch persönliche Haftung zurück.

Oder wie würde der Volksmund sagen: **„Wenn die Politik nicht mehr weiter weiss, gründet sie einen Arbeitskreis!“**. Oder „alle Macht den Räten“ und Kommissionen!

Der Virologe, also der der sich in der Schnittstelle zwischen Biologie und Medizin bewegt, untersucht Viren mit dem Ziel Behandlungen von Viruserkrankungen zu finden. Diese Vorgehensweise ist, wie oben beschrieben, rückwärtsgewandt. Eine zuverlässige Vorhersage für die Ursachen und deren Bekämpfung ist nicht möglich. Es können lediglich Annahmen getroffen werden.

Zu dem arbeitet der Wissenschaftler gemein hin unter „Laborbedingungen“, d.h. er schließt aus Einzelheiten auf die Gesamtheit, immer unter dem Hinweis „ceteris paribus“ – unter sonst gleichen Umständen -. In der Realität existieren aber zu keiner Zeit „unter sonst gleichen Umständen“. Vielmehr besteht die Welt aus vielen Milliarden wechselseitigen Einflussfaktoren, so dass die Annahmen fast nie exakt eintreten. Aber genau das Gegenteil gibt in der aktuellen Situation die Wissenschaft, wie jeder Homeoffice erfährt, vor.

Somit empfiehlt der erfahrene Virologe stets alle nur denkbaren Maßnahmen zur Prävention vor dem Virus, ohne sicher zu wissen, ob diese Maßnahmen am Ende wirklich alle notwendig sind. Seine Aufgabe ist gegenüber dem Virus als rücksichtsloser, konsequenter und unnachgiebiger „Massenmörder“ aufzutreten.

Dies erklärt auch das stets sonderbare, regelmäßig wiederholte und verbohrt wirkende Auftreten von Herrn Prof. Dr. Karl Lauterbach. Wer sich sein Leben lang nur mit dem Virus im „klein, klein“ befasst hat, kann schnell den Überblick für die Folgen einer solchen Vorgehensweise verlieren.

Der politische Akteur kann sich natürlich jederzeit der Wissenschaft bedienen, aber Entscheidungen sind auf mehr Säulen zu stützen als nur auf die der „Rückwärtsgewandten“.

4. **Der vierte und letzte Akt** – Die Interessenverbände und ihre teilweise, unheilvolle und wechselseitige Abhängigkeit von und andererseits ihren Einfluss auf die politischen Akteure

Hintergründe + Ursachen: Zum bitteren Ende und in einer verhängnisvollen Verkettung von Einzelinteressen kommen nun auch noch als letzte Unterstützung für die politischen Akteure die Verbandsfunktionäre mit ihrer gewohnten Nähe ins Spiel. Statt, wie von den jeweiligen Statuten festgelegt, die tatsächlichen Interessen aller Mitglieder wahrzunehmen und gegenüber der Politik zu vertreten, nutzen die Spitzen ihre Stellung aus, um unter dem Deckmäntelchen „gesamtgesellschaftlicher Interessen“ auch eigene Interessen umzusetzen.

Hinzu kommt das Zusammenspiel zwischen Verbänden und den politischen Akteuren zum gegenseitigen Nutzen. Dieser besteht darin, dass jeder Verband einen Lobbyisten bei den politischen Akteuren benötigt, um Einfluss zu nehmen. Der politische Akteur wiederum bedient sich zur Verbreitung und Untermauerung seiner Maßnahmen der Verbandstrukturen, um über diesen möglichst viele Mitglieder direkt zu erreichen.

Somit erreicht man in den Hinterzimmern eine wechselseitige Einflussnahme zwischen Politik und Verbänden.

Nun haben sich einzelne Verbände, wie die Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV) – vertreten durch Herrn Dr. Andreas Gassen – sowie der Bundesärztekammerpräsident – Herr Dr. Klaus Reinhardt – obwohl auch Verbandsvertreter - durchaus kritisch zu den von der Politik beschlossenen Maßnahmen geäußert.

Auch die Kirchen als Interessenvertreter unterliegen dem Wohlwollen und der Abhängigkeit von der Politik. Zum einen kassieren die Kirchen seit dem 19. Jahrhundert **„Staatsleistungen“**, die weder mit der Weimarer Reichsverfassung von 1919 noch mit dem Grundgesetz von 1949 vereinbar sind, in Zusammenhang mit dem staatlichen Inkasso der Kirchensteuern, in Milliardenhöhe.

Im Gegenzug benutzt der Staat die Kirchen, um seine Botschaften über die Vertreter der Kirchen an die Gläubigen zu übermitteln.

In Krisenzeiten kommt der Kirche seit Jahrtausenden eine bedeutende Rolle zu, die sie in aktueller Situation leider nicht wahrnimmt. Diese sind, sich in Gemeinschaft zu versammeln, Sorgen, Nöte und Ängste zu teilen, Teil einer Gemeinschaft zu sein, gemeinsam zu singen, Rituale wie Ostern, Pfingsten, Erntedankfest, Weihnachten, Hochzeiten, Taufen usw. gemeinsam zu feiern und sich gegenseitig zu helfen.

Umso unverständlicher ist es, dass der Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland, Heinrich Bedford-Strohm in völlig falsch verstandener Sympathie mit den politisch Handelnden auf das christliche Weihnachtsfest in der Kirche, seinen Ritualen und dem Beginn des Kirchenjahres verzichtet und damit die Gläubigen alleine lässt. Damit stellt sich eigentlich die Frage nach der Existenzberechtigung der evangelischen Kirche, oder?

Eine kritische Distanz staatlichen Handelns hat in einer Demokratie noch nie geschadet, das gilt auch für Funktionäre und Verbandsvertreter, gerade jetzt und heute.

Ausblick:

Die Folgen dieses Handelns – der unheilvollen Allianz für Deutschland – zeigt sich in der völligen Verängstigung großer Teile der Bevölkerung. Der Ruf nach mehr Staat und noch mehr Gesetzen wird mittelfristig zur völligen Zerstörung von Eigenverantwortung, Mut, Risiko, Leistungsbereitschaft und Engagement für sich und andere führen.

Das eigene Strategiepapier der Regierung aus dem Monat März 2020 **„Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen“** kam damals schon unter dem **Aspekt „Wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen“** zu der Erkenntnis, dass die Maßnahmen von Lockdowns „im Sinne einer „Kernschmelze“ das gesamte System in Frage stellen. **Es droht, dass dies die Gemeinschaft in einen völlig anderen Grundzustand bis hin zur Anarchie verändert.**“

Ein Staat dessen jährlicher Haushalt (Ausgaben) 2019 rd. 356 Mia. € beträgt, wird aufgrund der politischen „Hysterie“ 2020 auf 362 Mia. € und 2021 auf über 498 Mia. € hochgefahren. Im entsprechenden Schattenhaushalt, den der Schulden, wurden zusätzlich für 2020 um 218 Mia. € und für 2021 nochmals 180 Mia. € neue Schulden, also Kredite, aufgenommen.

Damit steigt der Schuldenstand auf über 2,3 Bio. Euro. D.h. jeder Bürger hat über 27.000,- € Schulden, vom Kleinkind bis zum Greis.

Von den politisch Verantwortlichen zu behaupten, man wusste vorher nicht wie die Folgen sind, wird durch das oben erwähnte Papier eindeutig und zweifelsfrei widerlegt. Damit wird sicher im Nachhinein ein rechtlicher Anspruch auf Staatshaftung für jeden betroffenen Bürger zukommen.

Und damit ist nicht gemeint, dass jeder einzelne Bürger seine erlittenen Nachteile über Steuererhöhungen oder soziale Einschnitte selber über den Umweg des Staates bezahlt,

sondern dass die Verantwortlichen am Ende persönlich in Haftung mit ihrem Eigentum genommen werden.

Die Träumerei von politischen Akteuren, nach dieser Krise, dass „WIR alle“ etwas bescheidener, sozialer und solidarischer zu sein, ist Affront gegen alle vernünftigen Menschen. Erst wird alles rücksichtslos (gesellschaftlich, sozial und finanziell) verwüstet und dann erwartet der Zerstörer von den Opfern bescheidener und solidarischer zu sein.

So schlägt der Deutsche Städtetag eine „Versandsteuer“, die zukünftig jeder Bürger bezahlen muss, der online bestellt, vor. Mit dieser Steuer sollen Einnahmen zur Verödung von Innenstädten erhoben werden. Damit soll der Einzelhandel, ausgerechnet von den Verantwortlichen, die ihn geschlossen haben und den Kunden massive und möglicherweise völlig zu Unrecht Angst vor Ansteckung gemacht haben, nun gefördert werden. D.h. der Bürger, der wie verlangt zu Hause geblieben ist und gar keine andere Wahl als den Online-Handel hatte, der soll nun die Zeche für die politischen Akteure zahlen. Was wohl die so „geschöpften“ Bürger dazu bei den nächsten Wahlen sagen werden?

Daran wird deutlich, wie immer wichtiger die Wiedereinführung der Staatshaftung mit persönlicher Verantwortung und Haftung der verantwortlichen politischen Akteure wird.

Es ist nicht die Marktwirtschaft, die regelmäßig Unheil über Bürger bringt, wie stets unberechtigter Weise behauptet, sondern der Glaube der Staat könne und müsse alles regeln. Dies ist eher im Sozialismus zu Hause, oder wie sagte doch schon der Mitbegründer der FDP – Thomas Dehler: „Wo der Sozialismus herrscht, kommen die Deklassierten, die Defekten, die Minderwertigen zur Herrschaft“.

Wer hätte jemals nach der Zeit 1933-1945 und 1949-1989 gedacht, dass Menschen und Bürger sich ohne Gegenwehr ihrer Grundrechte berauben lassen und dies auch noch überwiegend kritik- und wehrlos über sich ergehen lassen. Ja sogar mitmachen, statt sich bis zum **zivilen Ungehorsam** (war ja mal eine Erfindung der 68er und der Grünen 1980 sowie der Bürgerrechtsbewegung in der DDR 1989) für sich und andere einzusetzen.

Denn wäre stets der alles regelnde Staat erfolgreicher für die Bürger, dann wären Franzosen, Italiener, Spanier oder Nordkorea, Kuba etc. Paradiese für die Menschen.

Der Einstieg zur Rettung oder Beteiligung an Unternehmen wie VW, Lufthansa, TUI etc. hat noch nie für die Bürger Vorteile gebracht. Für die Unternehmen dagegen schon.

Die Funktionäre und das Management werden gestärkt, aber die Angestellten sind schon immer auf der Strecke geblieben. Der Kunde entscheidet nämlich am Ende im Vergleich zum Wettbewerb, ob ein Unternehmen Existenzberechtigung hat oder nicht. Und nicht der Staat. Natürlich hat auch „der Wettbewerb sein Übel, aber er verhindert noch größere Übel“ – John Stuart Mill, Nationalökonom.

Der Kunde und gleichzeitig Bürger wird, trotz aller seiner Anstrengungen, Einschränkungen und dem Verzicht bis ins Private hinein die Zeche für die beschriebene Vorgehensweise bezahlen. Sei es durch Verlust an sozialen Kontakten, der Angst vor der Zukunft oder in finanziellen Opfern bis hin zur finanziellen oder gesellschaftlichen Existenzvernichtung.

Die politischen Akteure werden skrupellos in allen Bereichen Steuern erhöhen müssen, denn nur die Masse schafft genügend Einnahmen für den Staat und nicht wie immer wieder behauptet die wenigen „Reichen“.

„Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt“ – Abraham Lincoln. Denn wenn ein sogenannter „Reicher“ 83 Mio. € seines Einkommens abgeben würde, dann erhielte jeder Bürger 1 Euro. Wäre damit dann dem Schwachen geholfen?

Da man die Steuerspirale nicht unendlich nach oben drehen kann, werden parallel massive Einschnitte in den Sozialbereich des Staates erfolgen. 50 % der Ausgaben des Staates pro Jahr entfallen auf diesen Bereich. Größter Anteil sind die Rentenzuschüsse, danach folgen Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung.

Damit ist klar, es wird Rentenkürzungen auf breiter Front geben. Nicht nur für kommende Ruheständler, sondern auch für derzeitige Rentner. Am Ende wird es nur noch eine niedrige einheitliche Grundrente geben können. Dazu kommen steigende Beiträge für Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung, bei gleichzeitigen Kürzungen von Leistungen auch für Rentner.

Die Rentner in der Zukunft werden, wie in den meisten Ländern der Erde weiter neben ihrer Rente arbeiten müssen.

Die schleichende Verelendung wachsender Teile der Bevölkerung wird zunehmen. Die politischen Akteure und ihre willigen Helfer werden jede Verantwortung hierfür weit von sich weisen und auf ihre meist reflexartig ausgelöste politische „Demenz“ verweisen. Sie werden mit ihre Pfründe versuchen zu retten oder sich in Sicherheit bringen und jeglichen Anteil an Beiträgen für ihr unverantwortliches Handeln und damit persönliche Haftung von sich weisen.

Die junge Generation wird, aufgrund der fehlenden Kita, Kindergarten, Schul- und Studienzeiten schlechter ausgebildet sein und erhebliche Probleme in der Arbeitswelt bekommen.

Damit sind geringere Aufstiegsmöglichkeiten und geringere Einkommen verbunden. Und am Ende noch weniger Steuereinnahmen für das Gemeinwohl deutlich geringere Renten im Alter.

Auch die Belastung von Unternehmen mit Steuern und Sozialabgaben wird weiter steigen. Der größte Kostenfaktor in einem Unternehmen – der Mensch - wird, mit Ausnahme von Generalisten, Spezialisten und Kreativen, durch den massiven Einsatz von Automatisierung und Digitalisierung in Industrieprozessen nicht mehr benötigt.

In der Dienstleistung werden dagegen immer mehr Arbeitskräfte benötigt, aber deren Einkommen werden, im Vergleich zur Industrie, niedrig bleiben. Grund hierfür ist, dass Millionen Menschen keine andere Wahl bleibt, als in diesem Bereich zu arbeiten. Und dieses große Reservoir an Arbeitskräften wird sich im Notfall gegenseitig unterbieten oder von der günstigeren Konkurrenz im Ausland verdrängt werden, da der größte Teil der Dienstleistungen einfache Tätigkeiten ohne größere bezahlbare Nachfrage sein werden (z.B. Frisörhandwerk).

Dazu kommt das der Kunde im Rahmen der Digitalisierung immer mehr an Aufgaben übernimmt, die früher der Anbieter gemacht hat. Ergebnis, wie beispielhaft im Bankenbereich

zu sehen, der Kunde benötigt eine Bank, bzw. deren Infrastruktur, nur noch zur Bargeldversorgung. Alle anderen ursprünglich mal wichtigen Funktionen von Banken, die z.B. die individuelle und persönliche Beratung bei Krediten, Tätigen von Einzahlungen und Überweisungen, werden heute schon online über Konkurrenten vergleichbar bzw. automatisiert mittels entsprechender Software, also ohne Menschen, abgewickelt.

Dem Kunden wird damit ermöglicht, die Arbeitslosen von morgen zu produzieren, aber auch dass die Qualität der Produkte und Dienstleistungen immer schlechter wird. Der Wettbewerb wird abnehmen und die Monopole, wie Amazon, werden einflussreicher. Zudem führt die Digitalisierung zur einer stärkeren Zerklüftung der Gesellschaft und damit wird die mal gekannte Gemeinschaft abnehmen.

Das Ergebnis wird sein, alle werden, mangels Wettbewerb, die gleiche Kleidung tragen, die gleiche Reise machen, das Gleiche denken und das Gleiche haben.

Die Unfreiheit wird dadurch zunehmen und jeder, der auch nur ein kleines Bisschen anders ist oder eine andere Meinung hat, wird als Aussätziger betrachtet und isoliert.

Kommt uns dies im Moment nicht alles irgendwie bekannt vor? Geschichte sollte sich doch nicht wiederholen? Oder wollen wir als Bürger wirklich, dass die Regierung uns am Ende um Verzeihung bittet, wie der Gesundheitsminister dies schon ehrlicherweise angekündigt hat?

Oder wie Heinrich Heine in einem seiner Gedichte schrieb: **„Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.“**

Ihre „Till Eulenspiegel“s

15.01.2021